



## Präambel

Liebe Hallenserinnen und Hallenser,

Halle kann eine bessere Heimat für uns alle sein. Aber dafür braucht unsere Stadt eine andere, eine bessere Politik, als ihr in den letzten Jahren widerfahren ist. Halle benötigt neue und bessere Lösungen für die vielen Probleme und Herausforderungen, die uns und unserer Stadt zu schaffen machen: die unbefriedigende wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit, Abwanderung, viele marode Schulgebäude und schlechte Bildungschancen für (zu) viele Kinder oder die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Dazu gehören aber auch vermeintlich in der Ferne liegende Schwierigkeiten wie der Klimawandel oder die Alterung unserer Bevölkerung, deren Auswirkungen jedoch längst zu spüren sind.

Die Lösung dieser Probleme kann nur in einem neuen Zusammendenken der vielen Einzelaufgaben liegen, vor die wir uns gestellt sehen: Nur wer die ökologische, wirtschaftliche und soziale Frage zusammen denkt, wird nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen von heute finden. Lösungen können also nur in neuen Konzepten liegen, nicht in vermeintlich pragmatischer, aber letztlich konzeptionsloser Flickschusterei an immer nur den dringendsten Problemen.

In drei Handlungsfeldern sehen wir besondere kommunale Gestaltungsmöglichkeiten: Wir brauchen eine intelligente, eng mit sozialpolitischen Anstrengungen verzahnte Bildungspolitik. Wir brauchen ein phantasievolles Mobilitätskonzept für alle Stadtbewohner jenseits des PKW. Und wir brauchen eine nachhaltige und ökologische Politik, die Energie umweltfreundlich erzeugt, deren Verschwendung eindämmt und die ein gutes Stadtklima schafft.

In diesen Bereichen kann kommunale Politik gestalten, kann sie Herausragendes leisten und Halle zu einer einzigartigen, lebenswerten und zukunftsfähigen Stadt machen. Kommunalpolitik kann auf diese Weise sehr viel mehr sein als nur Abstriche am Kulturkonzept zu machen oder Schulen und Bibliotheken zu schließen. Nicht immer verhindert mangelndes Geld eine bessere Lösung, sondern zu oft veraltetes Denken. Das können wir uns nicht länger leisten! Halle braucht stattdessen eine beherzte, verantwortungsvolle, kreative und leidenschaftliche Politik mit der Bereitschaft zur Suche nach neuen Antworten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit allen Bürgerinnen und Bürgern dieses neue, gesunde, bildungsfreundliche, soziale, nachhaltige und interessante Halle gestalten. Dafür bitten wir Sie um Ihre Stimmen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Leben – Lernen – Teilhaben</b>	<b>3</b>
1.1 Kindergarten für alle	3
1.2 Kinder und Familien sind uns etwas wert	4
1.3 Bildung vor Ort stark machen	4
1.4 Die gute Schule	5
<b>2. Grüne Lebensqualität</b>	<b>6</b>
<b>3. Auto – Rad – Fuß</b>	<b>7</b>
3.1 Grüne Welle für Bus und Bahn	8
3.2 Individualverkehr umweltverträglich	8
3.3 Halle fährt Rad	9
3.4 Sicher zu Fuß	10
<b>4. Stadt gestalten</b>	<b>11</b>
<b>5. Universitätsstadt Halle</b>	<b>12</b>
<b>6. Grüne Ideen für schwarze Zahlen</b>	<b>14</b>
<b>7. Stadtkultur</b>	<b>14</b>
<b>8. Halle in Bewegung</b>	<b>15</b>
<b>9. Gemeinsam in Halle</b>	<b>16</b>
<b>10. Modern – flexibel – effizient</b>	<b>17</b>
<b>11. Mehr Halle wagen</b>	<b>18</b>
<b>12. Schwerpunkte setzen und Haushalt konsolidieren</b>	<b>18</b>

## 1. Leben – Lernen – Teilhaben

Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Lebenserfolg. Wichtige Bildungseinrichtungen sind Kindergarten, Schule, Berufsschule bzw. Universität. Für die Stadt bestehen in diesen Bereichen wichtige Handlungsfelder. Kommunalpolitik muss hier ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen, anstatt Bildung nur als Kostenfaktor zu verstehen. Im Kindergarten werden entscheidende Grundlagen für Lust am Lernen, Sozialkompetenz und gesellschaftliche Integration gelegt.

Von der modernen Schule erwarten wir, dass sie vor allem schülerorientiert arbeitet und sozial gerecht ist. Diese Schule, die unsere Kinder unabhängig von ihrer Herkunft auf die Zukunft vorbereitet und die ihnen alle Chancen öffnet, ist als Ganztageschule organisiert. In ihr werden Kinder individuell gefördert und haben Zeit zum Lernen. Schule muss demokratisch organisiert sein und sich so weit wie möglich selbst verwalten. Die Zukunftschancen unserer Kinder sind unsere zentralen Großprojekte, wir wollen daher in Köpfe statt in Beton investieren.

### 1.1 Kindergarten für alle

- Allen Kindern – auch von arbeitslosen Eltern – soll in Halle eine Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten ermöglicht werden. Das gemeinsame Lernen und Spielen muss für alle Kinder möglich sein.
- Unser Ziel ist der gebührenfreie Kindergarten. Solange das angesichts der finanziellen Notlage der Stadt nicht umsetzbar ist, halten wir eine Gebührenstaffelung für notwendig. Die Berücksichtigung der Kinderzahl auch bei pauschaler Gebührenerhebung muss vom Landesgesetzgeber durch eine Änderung des KiFöG möglich gemacht werden.
- In städtischen Kindertagesstätten soll das vorschulische Bildungsangebot (zum Beispiel Sprachentwicklungsförderung, Gesundheitserziehung und Vorbereitung auf die Schule) deutlich ausgebaut werden. Die Stadt muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie in ihren Einrichtungen entsprechende Ansätze fördert und fachbezogene Weiterbildungen für die Beschäftigten anbietet.
- Darüber hinaus fordern wir die generelle Schaffung von Angeboten zur stetigen Weiterbildung für alle Erzieherinnen und Erzieher durch die Stadt. Beschäftigte in den Einrichtungen werden verpflichtet, die Angebote auch wahrzunehmen.
- Damit Kinder Bezugspersonen beiderlei Geschlechts haben, setzen wir uns für die verstärkte Einstellung von männlichem Personal in Kindergärten, Grundschulen und Horten ein.
- Für Kinder und Jugendliche aus so genannten „bildungsferneren“ Familien fordern wir gezielte Förderangebote. Ihre Familien brauchen unkomplizierte Beratungs- und Unterstützungsangebote in und außerhalb der verschiedenen Bildungseinrichtungen, falls erforderlich in der Muttersprache der Eltern.

## 1.2 Kinder und Familien sind uns etwas wert

- Konzepte für Kinderschutz und frühe Förderung müssen auch die Familien selbst in den Blick nehmen. Wir wollen ein stadtweites, verlässliches Netzwerk zum Kinderschutz, das früh bei den Stärken der Eltern ansetzt.
- Die professionell orientierte und gewachsene Landschaft von Familienbildungsangeboten wollen wir erhalten und verlässlich finanzieren, denn nur dort, wo Eltern Angebote zur Erziehung und dem gesunden Aufwachsen von Kindern finden, können sie auch dazulernen. Alle Eltern haben ein Recht darauf, bei Problemen unterstützt zu werden. Dazu braucht die Stadt den Erhalt von Erziehungsberatungsstellen, die auch präventiv und zugehend arbeiten können müssen. Der Bedarf ist hoch, hier steht die Stadt in der Verantwortung.
- Nur wenn Familien und auch die Kinder an innerstädtischen Initiativen und Entwicklungen partizipieren können, zeigen wir Ihnen, dass wir nicht über sie entscheiden wollen, sondern ihre Kompetenz für ihre Lebenswelt brauchen. In einer kinder- und familienfreundlichen Stadt brauchen wir die Kreativität und Phantasie der Kinder und Jugendlichen. Dazu benötigen wir auch Jugendbegegnungsstätten, die diesen Fähigkeiten Raum und Richtung geben.
- Die Jugendhilfe in Halle braucht verlässliche Strukturen und muss sich primär am Kindeswohl orientieren. Die Jugendhilfeplanung sollte deshalb breit diskutiert und öffentlich aufgewertet werden.

## 1.3 Bildung vor Ort stark machen

- Wir wollen selbstständige Schulen, die allen SchülerInnen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund ein individuelles Bildungsangebot machen und so die bestmögliche Ausbildung ermöglichen. Die geteilten Zuständigkeiten bei Land (für die Lerninhalte und das Personal) und Kommune (für die Gebäude) sind dafür nicht mehr zeitgemäß. Das Land muss die Bildungsziele definieren und die Schulen brauchen Selbstständigkeit in Haushalts- und Personalfragen. Änderungen in diesem Bereich muss das Land vornehmen – doch leider wird dort nicht gehandelt. Auf dem Weg zu unserem Ziel brauchen wir daher vor Ort neue Strukturen, die helfen, dass sich Schulen auf den Weg machen können.
- Damit vielfältige Kooperationen zwischen verschiedenen (Aus)Bildungseinrichtungen entstehen können und die Schulen damit nicht sich selbst überlassen sind, ist ein kommunales „Bildungsbüro“ einzurichten. Dieses „Bildungsbüro“ soll schulübergreifende Kooperationen wie auch die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und weiteren PartnerInnen anregen und unterstützen. Stadtverwaltung und Jugendhilfeausschuss müssen durch entsprechende Rahmenbedingungen Arbeitsvoraussetzungen für und mit außerschulischen Partnern schaffen.
- Wir brauchen dazu einen kommunalen Bildungsatlas, der eine vollständige Bestandsaufnahme aller Angebote für Kinder, Jugendliche, Familien und Erwachsene bietet. Er muss auch die zentralen statistischen und soziostrukturellen Grunddaten berücksichtigen. Diese genauen Informationen über Lücken, fehlende Bildungsanschlüsse und Schwachstellen bilden die Grundlage der Planung der Jugend- und Familienhilfe, der Schulentwicklung sowie der Vernetzung der Träger, Einrichtun-

gen und Angebote. Bei der Erstellung sollte die Universität Halle mit einbezogen werden.

- Die Ganztagsangebote in Halle müssen an allen Schulen ausgeweitet werden.
- Alle halleschen Schulen sollen dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beitreten. Hierfür ist eine breite gesellschaftliche und organisatorische Unterstützung notwendig.
- Bildung ist jedoch mehr als Schule. Die Befähigung zum lebenslangen Lernen muss sich als Konzept durch das gesamte Bildungswesen ziehen: Es beginnt im Kindergarten und setzt sich nach der Schule durch ein vielfältiges Angebot für Erwachsene und SeniorInnen fort. Auch deshalb wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten vor Ort lokale Bildungslandschaften gestalten.
- In einer sich immer rascher verändernden Welt gewinnt lebenslanges bzw. lebensbegleitendes Lernen immer größere Bedeutung. Die Volkshochschule und die Stadtbibliothek müssen mit einem vielfältigen Angebot für alle Altersstufen nachhaltig ausgestattet werden. Dazu gehört für uns ein umfangreiches und bezahlbares Kurs- und Medienangebot, lange Öffnungszeiten und mittelfristig die Unterbringung in einem zu diesem Zweck eingerichteten „Haus des Lernens“. Kürzungen bei diesen Einrichtungen lehnen wir daher vehement ab.

#### 1.4 Die gute Schule

- Unsere Kinder brauchen kurze Wege zur Grundschule. Maßgabe für den Erhalt der Grundschulen darf nicht allein die Haushaltskonsolidierung, sondern muss die Wohnortnähe der Grundschulen im gesamten Stadtgebiet sein.
- Lernen muss unter freundlichen und angenehmen Bedingungen stattfinden. Vorrangig ist daher die Grundsanierung aller halleschen Schulen. Die Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes sind ausschließlich hierfür zu verwenden. Voraussetzung für den konkreten Mitteleinsatz ist jedoch eine Schulentwicklungsplanung, die einen langfristigen Erhalt sanierter Gebäude sichert.
- Zur Stärkung der Eigenverantwortung und Erweiterung des Handlungsspielraums der Schulen brauchen diese ein Haushaltsmittelbudget zur eigenen Verwendung. Geldeinsparungen, wie zum Beispiel im Energiebereich durch das Projekt "Klimaschutz macht Schule", müssen in stärkerem Maße den Schulen zugutekommen.
- Die Schulhöfe sollen entsiegelt und so zu grünen Erholungsräumen umgestaltet werden. Hierbei ist die Möglichkeit des Einsatzes von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen besonders zu berücksichtigen. Schulhöfe sollen nach Schulschluss auch als Spielplätze genutzt werden können.
- Projekte der „Gesunden Schule“ und des „Gesunden Kindergartens“ müssen gefördert werden. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie und das Gesundheitsamt sollen Präventionskonzepte entwickeln, die gesunde Ernährung, Elternbildung und kreative Freizeitangebote koppeln.
- Einmal am Tag müssen alle Kinder eine vollwertige, warme und bezahlbare Mahlzeit erhalten.
- Die Unterstützung von einkommensschwachen Familien bei den Kosten für die Mittagessen in Kindergärten und Schulen muss gesichert werden.

## 2. Grüne Lebensqualität

Umweltpolitik ist eines unserer zentralen Anliegen und wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Eine intakte Umwelt ist einerseits das bestimmende Element für die Lebensqualität in Halle. Andererseits stellt der Klimawandel die größte Herausforderung der Menschheit dar, auf die auch auf kommunaler Ebene entsprechend reagiert werden muss. Wir haben in der letzten Wahlperiode diese Themen konsequent in den Stadtrat eingebracht. Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt als Modellkommune für Klimaschutz und erneuerbare Energien erklärt. Wir haben Energie-Contracting-Projekte und ein Dachflächenkataster für Photovoltaikanlagen auf den Weg gebracht. Wir haben uns darüber hinaus für den Schutz von Bäumen in der Stadt und für den Schutz von Freiflächen eingesetzt (wie z.B. für den Bolzplatz am Rosa-Luxemburg-Platz). An diese Erfolge wollen wir in den nächsten Jahren anknüpfen.

- Wir fordern einen städtischen Energiebeauftragten, der in der Verwaltung und in öffentlichen Gebäuden das Energiesparpotential ausschöpft. Für alle öffentlichen Gebäude ist ein Energiepass zu erstellen.
- Die Dachflächen der städtischen Immobilien und der Gebäude der städtischen Wohnungsgesellschaften sollen InvestorInnen und MieterInnen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzung der Dachflächen soll zunächst generell unentgeltlich erfolgen, um schnell modellhafte Projekte zu verwirklichen. Später könnten dann die Stadt bzw. die städtischen Wohnungsunternehmen Gebühren für die Bereitstellung der Dächer erheben, die jedoch die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nicht in Frage stellen dürfen. Das von uns im Stadtrat beantragte Dachflächenkataster ist laufend zu aktualisieren.
- Zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen und dafür notwendige Umbauten und Modernisierungen schlagen wir Contracting-Modelle vor. Hier werden die Energiesparinvestitionen fremdfinanziert und die Kredite dann über die Energieeinsparsummen abgelöst.
- Wir fordern den großflächigen Einsatz von Solarthermie auf städtischen Gebäuden und Häusern der kommunalen Wohnungsgesellschaften zur Erzeugung von warmem Wasser. Auch hier soll der Einsatz von Contracting-Modellen zur Finanzierung geprüft werden.
- Unsere umfassende Strategie „Klimaschutzkommune Halle“ zeigt zukunftsweisende Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und für den großflächigen Einsatz von erneuerbaren Energien auf. Hierzu gehören zum Beispiel die Steigerung der Energieeffizienz und der Bezug von zertifiziertem Ökostrom in kommunalen Gebäuden, ein nachhaltiges Beschaffungswesen und verschiedene Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr. Sie finden das Konzept auf unserer Homepage oder erhalten es auf Anfrage.
- Die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist eine Herausforderung für alle Ebenen der Gesellschaft. Auch die Stadt Halle weist zum Beispiel hinsichtlich der zunehmenden Hitzebelastung in der Innenstadt sowie der zunehmenden Hochwassergefahr eine hohe Betroffenheit gegenüber den Folgen des Klimawandels auf. Wir fordern daher, eine Anpassungsstrategie zu erarbeiten, um Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen diesen Betroffenheiten entgegengewirkt werden kann.

- Öffentliche Grünanlagen sollen zunehmend naturnah bepflanzt und bewirtschaftet werden. Für Baumpflanzungen sollen vorrangig heimische Arten aus regionaler Herkunft verwendet werden.
- Die Öffentlichkeitsarbeit zur Müllvermeidung muss deutlich intensiviert werden. Bei der Genehmigung von öffentlichen Veranstaltungen muss der Rahmen für Umweltauflagen (z.B. die Benutzung von Mehrweggeschirr) ausgeschöpft werden.
- Zur Reduzierung der Feinstaubbelastung befürworten wir die Einrichtung einer Umweltzone in Halle. Die Erfassung der Luftqualität muss zukünftig flächendeckender erfolgen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zu entwickeln, die die Feinstaubkonzentration in der Luft senken. Die Geschwindigkeitsreduzierung an der Messstelle in der Merseburger Straße ist hierfür ungeeignet.
- Die Maßnahmen des Lärmaktionsplanes sollen möglichst weitgehend umgesetzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger vor schädlichen Lärmeinwirkungen zu schützen. Darüber hinaus soll sich die Stadt für die Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der B 100 und an der B6 einsetzen.
- Wir sind der Auffassung, dass für die Kernzeiten der Nacht (von 0.00 bis 05.00 Uhr) mit Ausnahmen von Notfällen ein absolutes Flugverbot am Flughafen Halle-Leipzig gelten soll. In der Zeit von 23.00 bis 0.00 Uhr und von 05.00 bis 06.00 Uhr sollen Flugbewegungen auf Express-Frachtflüge beschränkt werden. Darüber hinaus fordern wir, dass alle Möglichkeiten der Fluglärmreduzierung inklusive der Umstellung auf "CDA" ("Continuous Descent Approach") ergriffen werden.
- Ca. 13 % der Stadtfläche sind Teil des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000. Die größten Gebiete sind die Dölauer Heide und die Saale-Elster-Aue. Wir fordern, dass das Land für alle Natura 2000-Gebiete einen Managementplan erstellt. Die Stadt soll die Pflege- und Entwicklungspläne für die Schutzgebiete in ihrer Zuständigkeit laufend fortschreiben. In den Waldgebieten sollen großflächige und sich selbst überlassene Naturwaldzellen eingerichtet werden. Die ökologische Waldbewirtschaftung sehen wir als Idealbild einer naturverträglichen Waldnutzung.
- Die Notwendigkeit von Baumfällungen im Stadtgebiet soll konsequenter hinterfragt werden. Darüber hinaus fordern wir die Überarbeitung der Baumschutzsatzung, um darin zum Beispiel umfangreichere Nachpflanzungen für gefällte Bäume zu verankern.
- Immissionsschutz und elektromagnetische Umweltverträglichkeit müssen beim Ausbau der mobilen Kommunikation beachtet werden. Zur Reduzierung von Gesundheitsrisiken soll die Stadtverwaltung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen. Wir halten insbesondere ein Standortkonzept für die Sendeanlagen für erforderlich. In diesem Standortkonzept sind sensible Bereiche wie Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Altersheime besonders zu berücksichtigen.

### 3. Auto – Rad – Fuß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein neues Verkehrskonzept ein, das dem Leben in der Stadt gerecht wird. Anstatt weiter Parkplätze in der Innenstadt zu bauen und die Stadt mit noch mehr Autos zu verstopfen, soll das Verkehrssystem der Stadt

die Bedürfnisse aller BewohnerInnen berücksichtigen. Eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs senkt Lärmbelästigungen, Umweltverschmutzungen und Flächenverbrauch. Ein modernes, städtisches Mobilitätskonzept beinhaltet einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und berücksichtigt die Belange von FußgängerInnen und RadfahrerInnen gleichermaßen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass sich behinderte Menschen und Eltern mit Kinderwagen barrierefrei in unserer Stadt bewegen können.

### 3.1 Grüne Welle für Bus und Bahn

- Das Verkehrsangebot der HAVAG ist von entscheidender Bedeutung für die Stadt Halle. Andauernde Verringerungen der städtischen Zuschüsse zwingen die HAVAG jedoch, ihr Angebot deutlich zu reduzieren und Fahrpreise zu erhöhen. Wenn aber immer weniger Menschen Busse und Bahnen nutzen können, sinken die Umsätze zwangsläufig. Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen und das Angebot der HAVAG wieder schrittweise erhöhen und als Alternative für den Autoverkehr ausbauen.
- Wir brauchen in Halle eine bessere und vor allem benutzerfreundlichere Organisation des Nahverkehrs.
- Die Zuschüsse für den ÖPNV dürfen nicht weiter gekürzt werden. Der städtische Nahverkehr gehört zur Grundversorgung und kann nirgendwo in Deutschland zuschussfrei arbeiten. Alle Versuche, hier weitere Mittel zu streichen, führen zu einer Verschlechterung des Angebots und einem Rückgang der Fahrgastzahlen. Daher müssen, sobald es die Haushaltslage zulässt, diese Mittel wieder aufgestockt werden. Die Interessen der Stadt müssen beispielsweise bei der Gestaltung der Fahrpreise im Mitteldeutschen Verkehrsverbund konsequenter vertreten werden.
- Die Vorrangschaltungen für Bus und Bahn (das Beschleunigungsprogramm der HAVAG) müssen im gesamten Stadtgebiet vervollständigt werden. Die grüne Welle für den ÖPNV beschleunigt auch den innerstädtischen Individualverkehr, da Rotphasen für Autos nur noch dann existieren, wenn auch wirklich eine Bahn oder ein Bus kommt.
- Wir fordern, die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Straßenbahnen zunächst außerhalb der Hauptverkehrszeiten wieder einzuführen. Im Zuge der Erneuerung des Fuhrparks muss auf die Beschaffung von Fahrzeugen geachtet werden, die eine ganztägige Mitnahme von Fahrrädern ermöglichen.
- Die Nutzung von Park-and-Ride-Plätzen am Stadtrand wollen wir erhöhen. Ein Anreiz zum Umsteigen vom Auto auf Bus und Bahn kann durch ein Kombiticket „Parken und ÖPNV“ gegeben werden. Dessen Einführung muss geprüft werden.

### 3.2 Individualverkehr umweltverträglich

- Die Lärmkartierung in Halle hat es ebenso sichtbar gemacht wie die Feinstaubmessungen: Die Belastungen, die der motorisierte Individualverkehr (MIV) in Halle für Mensch und Umwelt mit sich bringt, sind so nicht akzeptabel. Wir wollen den Verkehr umweltverträglich gestalten. Es darf keinen Vorrang für den MIV geben. Stattdessen brauchen wir eine integrierte Planung aller Verkehrsarten im Rahmen eines überarbeiteten verkehrspolitischen Leitbildes für die Stadt Halle. Dieses neue Leitbild soll auch die historisch gewachsene Stadtstruktur stärker berücksichtigen.

Nur so können wir die Nutzung der jeweils passenden umweltfreundlichen Verkehrsmittel attraktiv und damit unsere Stadt lebenswerter machen.

- Allein im Jahre 2008 wurden auf Halles Straßen über 1000 Menschen bei Verkehrsunfällen verletzt. Dies ist nicht hinnehmbar. In der Antwort auf eine unserer Anfragen im Stadtrat wurden die Unfallschwerpunkte in Halle aufgelistet. Wir fordern, dass unverzüglich alle in der Antwort benannten Gefahrenstellen beseitigt werden.
- Tempo 30 in Wohngebieten verbessert die Lebensqualität, da Lärm und Unfallgefahren vermindert werden. Wir drängen auf eine schnelle Umsetzung des Tempo-30-Konzeptes sowie die nochmalige Überprüfung auf darin fehlende potentiell verkehrsberuhigte Zonen. Spielstraßen (verkehrsberuhigte Bereiche) und die Schaffung von Sackgassen erhöhen die Sicherheit für Kinder und schaffen mehr Lebensraum zum Spielen und Bewegen.
- Die Stadt soll mehr Flächen für Car-Sharing zur Verfügung stellen und durch dessen intensive Nutzung den eigenen Fuhrpark reduzieren.
- Durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung soll die Parkplatzsituation für Anlieger verbessert werden. Dies erhöht auch die Attraktivität der Innenstadt als Wohnstandort.
- Das Frauennachttaxi und der Discobus sollen dauerhaft erhalten bleiben und dürfen nicht bei jeder Sparrunde in Frage gestellt werden.
- In allen Parkhäusern müssen in der Nähe der Ausgänge gut beleuchtete Frauenparkplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.
- Zur Reduzierung der Lärmbelastung durch den Autoverkehr ist die Einführung einer nächtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung auf innerstädtischen Durchgangsstraßen wie zum Beispiel der Merseburger Straße, der Trothaer Straße und Teilen der Magistrale zu prüfen.

### 3.3 Halle fährt Rad

- Die Radverkehrsförderung in Halle muss Teil einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung werden. Klimaschutz, Freizeit, Gesundheit, Feinstaubvermeidung, Verkehrsberuhigung und die damit verbundene Steigerung der Innenstadtattraktivität sprechen für eine systematische Förderung des Radverkehrs. Vorbild für Halle sind wirtschaftlich erfolgreiche Städte wie Kopenhagen, Utrecht oder Münster, die mit Radverkehrsanteilen von über 40% dreimal mehr Radfahrer haben als Halle. Diese lebenswerten Fahrradstädte verfügen über einen hohen Imagewert. Die Potentiale für eine solche Entwicklung sind in Halle mit seiner kompakten und engen Innenstadt vorhanden. Die Realität sieht jedoch anders aus: Halle besitzt laut Kinderunfallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen eine der bundesweit höchsten Unfallquoten von radfahrenden Kindern unter 12 Jahren. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode mit vielen Anträgen zum Anwalt des Radverkehrs im Stadtrat gemacht und werden dies auch in der nächsten fortführen.
- Wir wollen den Radverkehrsanteil von jetzt 13% bis 2012 auf mindestens 20% erhöhen. Hierzu ist der Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1995 endlich umzusetzen, der die Bereitstellung von Mitteln für Verkehrsinvestitionen zum Ausbau von Rad-

verkehrsanlagen in der Höhe vorsieht, die dem Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr entsprechen.

- Wir fordern die Schaffung von ausreichenden Radabstellanlagen an allen städtischen Gebäuden und Schulen, in der Innenstadt und an den Gebäuden der städtischen Wohnungsgesellschaften. Hierzu ist innerhalb der Verwaltung eine Richtlinie zu erarbeiten, die einen festen Schlüssel und Qualitätskriterien für die Abstellanlagen vorsieht. Am Hauptbahnhof soll die von uns angeregte Fahrradstation zügig gebaut werden.
- Das innerstädtische Routennetz für Fahrradfahrer ist auszubauen und umfassend auszuschildern. Dabei muss die Einrichtung von Fahrradstraßen besonders geprüft werden. Bei Bauvorhaben sind die Belange und Interessen von Radfahrern vorrangig zu berücksichtigen. Beispiele, bei denen dieses nur unzureichend bzw. überhaupt nicht stattgefunden hat, sind der neu gestaltete Francke- und der Riebeckplatz. Technisch kurzfristig erreichbare Lückenschließungen im Radwegenetz sollten zügig umgesetzt werden.

Unser Ziel ist die Schaffung eines durchgängigen Verkehrswegenetzes für Radfahrer.

- Gemäß unserem Antrag im Stadtrat fordern wir eine umfassende Kampagne unter dem Titel „Halle fährt Rad“. Bürgerinnen und Bürger sollten zudem durch eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit sowie einem jährlichem Radverkehrsbericht zum Radfahren ermuntert werden.
- Das Ordnungsamt muss konsequent gegen das Zuparken von Radwegen vorgehen.
- Für die Auf- bzw. Abfahrt auf die Parallelstrecke für Radfahrer an der oberen Leipziger Straße (am Leipziger Turm) muss eine bauliche Verbesserung gefunden werden. Die jetzigen Verhältnisse sind mitverantwortlich für die häufige Nutzung der Fußgängerzone.
- Wir fordern, die Potentiale des Fahrradtourismus als Wirtschaftsfaktor ernst zu nehmen. Dazu müssen der Saale-Radwanderweg ausgebaut und unzumutbare Wegstrecken wie zwischen Planena und Rattmansdorf schnellstens in Stand gesetzt werden. In Zusammenarbeit mit dem Saalekreis ist ein attraktives Naherholungsroutennetz für HallenserInnen zu schaffen. Diese Routen sind auszuschildern und im Internet mit weiter gehenden Informationen zum Radtourismus bereitzustellen.

### 3.4 Sicher zu Fuß

- Ein Fußwegekonzept der Stadt muss endlich beschlossen und umgesetzt werden. Insbesondere fehlen an vielen Stellen wie z.B. am Steintor, am Universitätsring oder am Joliot-Curie-Platz geeignete Querungshilfen für FußgängerInnen.
- Die Schulwege in Halle müssen sicherer werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Gefahrenquellen beseitigt werden, zum Beispiel durch die Schaffung von zeitgesteuerten Ampelanlagen mit Zebrastreifen vor jedem Kindergarten und jeder Grundschule an vielbefahrenen Straßen.
- In der Innenstadt sorgen Fußgängerzonen für eine entspannte Atmosphäre und laden zum Verweilen und Einkaufen ein. Wo irgend möglich, wollen wir die Schaf-

fung weiterer Fußgängerzonen, zum Beispiel in der Kleinen Ulrichstraße. Eine autarme Innenstadt sorgt für mehr Lebensqualität.

- Der Rückbau von Ampelanlagen darf nicht zu Lasten schwächerer Verkehrsteilnehmer gehen. Als Ersatz sind Bedarfsampeln oder an wenig frequentierten Überwegen Zebrastreifen zu installieren.
- Im Stadtzentrum muss eine ausreichende Anzahl von günstigen öffentlichen Toiletten zur Verfügung stehen.

#### 4. Stadt gestalten

Halle ist eine schöne Stadt und hat städtebauliches Potential. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Stadtumbau ein, der durchdacht, ästhetisch und nachhaltig ist. Hierbei soll Halle seine reiche baugeschichtliche Vergangenheit herausstellen und für zukünftige Generationen nutzbar machen.

Die Nachhaltigkeit kommunalpolitischen Handelns zeigt sich nicht zuletzt an der Planung und Gestaltung des städtischen Raumes. Grüne Stadtentwicklung übersetzt dabei soziale, ökologische und ökonomische Ziele in planerisches Handeln. Die Stadt, wie wir sie uns vorstellen, sichert allen Menschen, die hier leben, gleichberechtigte Teilhabe und Entfaltungsmöglichkeiten: Alte und Junge, Frauen und Männer, hier Geborene und Zugewanderte, Behinderte und Nichtbehinderte müssen in ihrer Unterschiedlichkeit und Besonderheit in der Stadtentwicklung Berücksichtigung finden. Die Herausforderung, eine durch altindustrielle und flächenintensive Wirtschaftsstrukturen geprägte Stadt in ökologischer und nachhaltiger Weise zukunftsfähig zu machen, ist immens. Relativ geringe Kaufkraft und der demographische Wandel verschärfen die Lage zusätzlich.

Die vorhandenen Infrastrukturen, insbesondere in den Randlagen unserer Stadt, wurden für weitaus höheren Bedarf geplant, als nach dem schrumpfenden Bevölkerungsstand benötigt werden. In diesem Wandel liegt auch eine Chance. In einem Rückbau dieser Strukturen auf ein Maß, das erforderlich und bezahlbar ist, sehen wir die Möglichkeit zur Attraktivitätssteigerung: Flächen können entsiegelt, Parks und Grünanlagen ausgeweitet und attraktive Wohnmöglichkeiten geschaffen werden.

- Die Fusion der städtischen Wohnungsgesellschaften muss endlich beschlossen und zügig vollzogen werden. Nur so sind die notwendigen Maßnahmen im Rahmen des „Stadtumbau Ost“ schnell umzusetzen.
- Städtisches Wohnen ist attraktiv und nachhaltig. Neubaumaßnahmen müssen sich daher auf die vorhandenen innerstädtischen Brachen konzentrieren. Randzersiedlung muss aus Gründen der Ökologie und der städtebaulichen Nachhaltigkeit vermieden werden. Leerstand muss durch Rückbau in den Randgebieten entgegengewirkt werden. Hierdurch gewonnene Freiflächen sind zugunsten von Naturschutz und Naherholung zu entsiegeln. Sofern im Rahmen des Stadtumbaus der Rückbau von Wohnungen unvermeidbar ist, soll dieser nur in enger Abstimmung mit den Betroffenen durchgeführt werden.
- Im Rahmen des Stadtumbauprozesses muss die Kommunikation der Wohnungsunternehmen, zum Beispiel über das Netzwerk „Stadtumbau in Halle (Saale)“, weiter gefördert werden.

- Wir fordern die Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt. Jedes Bauprojekt ist auf die Planung ausreichender Grün- und Spielflächen zu überprüfen.
- Wir brauchen mehr und vor allem bessere innerstädtische Spielflächen. Die Nutzung von Baulücken zur Einrichtung von Spielplätzen muss intensiv geprüft werden. Beschädigte Spielgeräte auf Spielflächen dürfen nicht nur abgebaut, sondern müssen ersetzt werden.
- Für die „Spitze“ ist mit dem Eigentümer eine Zwischenlösung anzustreben, die das Gelände öffentlich zugänglich macht, aber eine zukünftige Bebauung nicht ausschließt.
- Die Ausweisung von Wohnbauflächen und neuen Gewerbegebieten im Randbereich der Stadt ist zu vermeiden. Innenentwicklung auf ehemals bebauten Flächen und die Nutzung mit einem Mix aus Wohnen, Handwerk und nicht störendem Gewerbe sowie Freizeiteinrichtungen soll der Vorzug vor der Erschließung neuer Siedlungsgebiete eingeräumt werden. Wir halten darüber hinaus ein Baulückenkataster für notwendig, um Investoren für die Bebauung entstehender und vorhandener Baulücken zu finden.
- In der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle werden wir uns weiterhin für eine Begrenzung der Siedlungsentwicklung außerhalb der zentralen Orte einsetzen.
- Beeinträchtigungen von Wohngebieten durch neuangesiedeltes Gewerbe müssen weitestgehend ausgeschlossen werden. Bei Nutzungskonflikten wie z. B. in Heide-Süd ist den berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger an einer gesunden Wohnumgebung Vorzug zu geben.
- Der städtische Gebäudebestand muss zügig saniert werden. Im Zentrum steht dabei auch die energetische Sanierung. So hat der neueste Energiebericht der Stadt Halle das immense Energiesparpotenzial aufgezeigt. Die dort aufgeführten Maßnahmen wollen wir umsetzen. Daneben sollen Konzepte zur Ensemblebildung von Alt- und Neubestand entwickelt werden, wobei dem Einsatz von nachhaltigen und ökologischen Baustoffen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.
- Die Innenstadt muss Anziehungspunkt in Halle bleiben. Wir wenden uns daher gegen Gewerbeansiedlungen im Randbereich der Stadt, sofern diese in Konkurrenz zum Angebot in der Innenstadt stehen.
- HWG und GWG dürfen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht überfordert werden. Die Unternehmen sollen auch zukünftig in der Lage sein, attraktiven Wohnraum zu günstigen Konditionen anzubieten und beim Stadtumbau mitzuwirken. Die Wohnungsgesellschaften tragen hierbei auch Verantwortung für die Verhinderung von sozialer Entmischung, die durch hohe Mietpreise verursacht werden.
- Wir sind bereits im Stadtrat für die Erhaltung des Friedhofs in Neustadt eingetreten und auch weiterhin gegen eine Schließung.

## 5. Universitätsstadt Halle

Halle ist ein Bildungsstandort mit langer Tradition. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen prägen herausragend das Stadtbild und das geistige und kulturelle Klima Halles. Die kürzlich zur „Nationalen Akademie der Wissenschaft-

ten“ berufene „Leopoldina“ tut ein Übriges für die internationale wissenschaftliche Bedeutung Halles. Dieses reiche Erbe wollen wir zukunftsorientiert fortgesetzt wissen.

Ein gebührenfreies Studium und eine auskömmliche staatliche Studienfinanzierung für eine möglichst große Zahl von jungen Menschen sind für uns ein wichtiger bildungspolitischer Grundpfeiler dieses Ziels. Dazu gehören für uns weiterhin eine autonome und demokratisch verfasste Hochschule sowie attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen für MitarbeiterInnen, HochschullehrerInnen und ForscherInnen.

Hochschulen müssen Orte der Bildung und des zeitweise zweckfreien Nachdenkens bleiben. Zum Erreichen dieses Ziels bleibt für Landes- und Bundespolitik noch viel zu erledigen. Kommunale Politik kann an folgenden Stellen Einfluss nehmen:

- Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen prägen herausragend das Stadtbild und das geistige und kulturelle Klima Halles. In der Neugier und der Kreativität der Menschen, die in den drei Hochschulen dieser Stadt lernen, lehren und forschen, liegt der Schlüssel zur Zukunft der gesamten Stadt. Daher muss das politische Halle diese herausragende Bedeutung auch im Alltag deutlich machen und die Belange von Studierenden und MitarbeiterInnen der Hochschulen besonders beachten und fördern.
- Dazu zählt für uns auch der Einsatz für bezahlbaren und attraktiven Wohnraum und Angebote zur Vereinbarkeit der Betreuung von Kindern bei Studium und wissenschaftlicher Arbeit, zum Beispiel durch flexible Angebote bei der Betreuung.
- Wir fordern die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer und unterstützen die Beschlüsse, mit denen Studierende durch attraktive Angebote wie die einmalige Übernahme des Semesterbeitrags zur Verlegung ihres Hauptwohnsitzes bewegt werden. Die Stadt sollte sich zudem für die Steigerung der Attraktivität des Studiums – jenseits von Hochglanz-Werbeaktionen – einsetzen. Beispielsweise muss sie eine deutlich aktivere Rolle bei der Ausgestaltung eines interessanten und sozialverträglichen Semestertickets spielen. Auch stünde es einer weltoffenen Stadt gut zu Gesicht, den Aufenthalt und die Erledigung notwendiger Formalitäten für internationale Studierende und ForscherInnen so einfach wie möglich zu gestalten.
- Halle soll sich massiv für den Erhalt und Ausbau seiner Hochschulen und der Forschungslandschaft einsetzen und deren Belange bei allen Investitionsentscheidungen besonders berücksichtigen. Bildungskürzungen sind nicht akzeptabel.
- Die Forschungsaktivitäten der Hochschulen sollen mit Unterstützung der Stadt effizienter genutzt werden. Wir fordern eine effektive und schnelle Unterstützung durch die Stadtverwaltung bei Existenzgründungen, Neuansiedlungen oder Erweiterungen – jedoch ohne soziale, ökologische und demokratische Mitspracherechte betroffener BürgerInnen einzuschränken, wie es bei der Logoil-Ansiedlung geschehen ist. Die genaue Prüfung und rechtzeitige Kommunikation von Vorhaben sind kein Luxus, sondern Voraussetzung moderner wissenschaftlicher Ansiedlungspolitik.
- Wir befürworten grundsätzlich den Bau des geisteswissenschaftlichen Zentrums, haben uns jedoch immer für den Standort „Spitze“ eingesetzt. Der inzwischen festgelegte Standort Emil-Abderhalden-Straße ist aber durch seine Lage in einem bereits hoch verdichteten Gebiet mit einigen Problemen behaftet, die das Land als Bauherr nicht außer Acht lassen darf. Zum Beispiel können die Verkehrsprobleme am Steintor nur durch eine komplette Neugestaltung gelöst werden. Darüber hinaus fordern wir, dass bereits im Zuge des Baus die Parkplatzproblematik gelöst

wird und auf die Belange der AnwohnerInnen während der Bauphase Rücksicht genommen wird.

- Wir begrüßen die Einrichtung eines naturkundlichen Universitätsmuseums.

## 6. Grüne Ideen für schwarze Zahlen

- Halle stellt einen attraktiven Wirtschaftsstandort dar. Aber nur eine weltoffene und tolerante Stadt kann sich im internationalen Wettbewerb behaupten. In Halle wurde in der Vergangenheit zu sehr auf die ganz großen Investitionen spekuliert und zu wenig darauf geachtet, das eigene Potenzial zu nutzen. Denn gerade bei den weichen Standortfaktoren wie dem kulturellen Angebot, dem Wissenschaftsumfeld und den Freizeitmöglichkeiten ist Halle überdurchschnittlich gut aufgestellt. Hier gilt es anzusetzen.
- Der Stadtwerkekonzern ist von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Das Unternehmen ist besonders im Energiesektor einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Der von dem Unternehmen geforderte Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts darf daher nicht die Wettbewerbsfähigkeit gefährden.
- Soweit es die Vergabevorschriften zulassen, soll sich die Stadtverwaltung stärker bemühen, städtische Aufträge an die ortsansässige Wirtschaft zu vergeben.
- Die Bemühungen der Stadtverwaltung sollten sich auf die Unterstützung der ansässigen Wirtschaft und die Förderung von Einrichtungen der Wissenschaft und der Medien konzentrieren. Die Erschließung neuer Gewerbegebiete auf Vorrat ohne einen Investor – wie z.B. bei dem Industriegebiet Halle Ost („BMW-Gelände“) – haben wir bereits bei der Abstimmung im Stadtrat abgelehnt und sprechen uns weiterhin gegen diese Maßnahmen aus.
- Wir regen einen „Solarfonds Halle“ an. In Zusammenarbeit der Stadtwerke mit einer ortsansässigen Bank soll dieser Fonds für die Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energien genutzt werden. Dieses schafft Aufträge für die ortsansässigen Handwerksbetriebe.
- Bei der „Hafen Halle GmbH“, die seit Jahren rote Zahlen schreibt, sollen alle Möglichkeiten der Konsolidierung geprüft werden. Dies schließt auch die Liquidation der Gesellschaft ein. Insbesondere sollen keine Gelder mehr in die Propagierung des Saalekanals fließen, der schon heute als Investruine erkennbar ist.
- Wir brauchen zukünftig eine engere Zusammenarbeit mit Leipzig, um die Kräfte beider Städte in dem internationalen Wettbewerb um Ansiedlungen zu bündeln. Das Kirchturmdenken muss beendet werden, denn nur so kann die Metropolregion Sachsendreieck insgesamt gestärkt werden.
- Die Entwicklung Halles zu einer Medienstadt ist zu unterstützen.
- Wir wollen die Sparkasse in kommunaler Trägerschaft erhalten.

## 7. Stadtkultur

- Halle ist Kulturstadt. Als wertvolles Erbe und Zukunftsmodell sind die organisierte und die freie Kunstszene sensibel zu behandeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen

sich dafür ein, Freiräume für die Kulturschaffenden zu fördern und die Eigenverantwortlichkeit der AkteurInnen in den Kultureinrichtungen zu stärken.

- Die Kultureinrichtungen der Stadt haben in der Vergangenheit drastische Budgetkürzungen hinnehmen müssen. Weitere Sparmaßnahmen sind nun nicht mehr zu verkraften. So würden weitere Sparmaßnahmen im personellen Bereich beispielsweise die künstlerischen Möglichkeiten der Staatskapelle grundsätzlich beschneiden und ihren Charakter verändern. Wir setzen uns für die weitere Förderung der Galerie am Domplatz als ein wichtiger Bestandteil der halleschen Kultur- und Kunstszene ein.
- Kultur fördert gesellschaftliches Leben und städtische Identität. Es sollen daher Instrumente geprüft werden, die eine möglichst breite Nutzung durch die Bevölkerung möglich machen. Speziell fordern wir mehr eintrittsfreie Sonntage in Museen und die Ausweitung der Angebote des Halle-Passes. Freie Kapazitäten in Theatern und in der Oper sollen direkt vor den Vorstellungen mit kostengünstigen Sonderpreisen an Ermäßigungsberechtigte vergeben werden.
- Kunst und Kultur machen Halle für InvestorInnen und NeubürgerInnen attraktiv. Das Stadtmarketing muss sich neben der Vermarktung von Großereignissen um eine überregionale Wahrnehmung von Halles Vielfalt in Kunst und Kultur bemühen.
- Aber: Nur Vielfalt sichert Qualität. Neben der Förderung von Großereignissen muss der freien Kunst- und Kulturszene Unterstützung und größtmögliche Unabhängigkeit gewährt werden. Ein attraktiv gestalteter Online-Veranstaltungskalender und die städtische Internetpräsenz müssen die Wahrnehmung von kleinen wie großen Highlights gleichermaßen gewährleisten.
- Wir brauchen ein Kulturkonzept, um die zukünftigen inhaltlichen Schwerpunkte der Kultureinrichtungen in der Kultur-GmbH festzulegen.
- Zur Förderung der Medienvielfalt und des Meinungspluralismus unterstützen wir unabhängige Medienprojekte.
- Wir unterstützen die Initiativen des Bergzoos Halle zur weiteren Modernisierung und Steigerung der Attraktivität des Zoos. Wir drängen allerdings auf die Berücksichtigung artgerechter Haltungsformen und den Bau moderner Gehege.
- Das Konservatorium, der Stadtsingechor, der Kinderchor der Stadt Halle und das Kinderchorfestival sind unverzichtbare Bestandteile des kulturellen Lebens der Stadt und deshalb in der jetzigen finanziellen Ausstattung zu sichern.

## 8. Halle in Bewegung

- Die Freibäder der Stadt („Saline“, „Nordbad“ und „Angersdorfer Teiche“) sind unbedingt zu erhalten. Die in den Bädern notwendigen Sanierungsmaßnahmen sind zügig umzusetzen.
- Für die Stadt Halle muss ein Sportstättenkonzept beschlossen werden. Wir setzen dabei vorrangig auf dezentrale Anlagen für den Breitensport. Darüber hinaus halten wir eine neue Ballsporthalle für notwendig. Das neue Stadion kann aus unserer Sicht nur dann realisiert werden, wenn die Baukosten weitestgehend durch die Landesfördermittel, die Sponsorengelder von der VNG und anderen noch zu akqui-

rierenden Mitteln abgedeckt werden können. Darüberhinaus ist noch vor dem Bau ein Betreiberkonzept zu erstellen.

- Die Eissporthalle muss in ihrem Bestand gesichert werden. Wir unterstützen die Übernahme der Gebäude durch die Stadt. Da es die einzige Eissporthalle im Land Sachsen-Anhalt ist, fordern wir zudem eine angemessene Beteiligung des Landes an den Betriebskosten.

## 9. Gemeinsam in Halle

Wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass die Stadt Halle für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz steht und Diskriminierung und Ausgrenzung von MitbürgerInnen in unserer Stadt keine Chance haben. Wir haben uns im Stadtrat offensiv gegen Rassismus und rechtsextreme Tendenzen eingesetzt und werden dies auch zukünftig tun. Wir haben verhindert, dass die Verwaltung weiterhin Daten von Bürgerinnen und Bürgern an rechtsradikale Parteien herausgibt, welche diese für ihre Propaganda genutzt haben. Wir haben darüber hinaus mit einem Antrag erreicht, dass sich die Stadt an der Initiative „Orte der Vielfalt“ beteiligt und einen „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ erstellt.

Die Antwort der Stadtverwaltung auf unsere Anfrage im Stadtrat zum Rechtsextremismus in Halle zeigt, wie groß der Handlungsbedarf in diesem Feld ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Gesellschaft ein, die von Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Menschen mit anderer Hautfarbe, Religion oder sexueller Einstellung geprägt ist. Rechtsextremismus in jeglicher Form muss entschieden bekämpft werden.

- Wir fordern die Stadt auf, alle Kindertagesstätten und Schulen darin zu unterstützen, sich am Wettbewerb „Kita/Schule ohne Rassismus“ zu beteiligen.
- Wir fordern die Stadtverwaltung auf, konsequent alle juristischen und sonstigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Aufmärsche von Neonazis zu verhindern. Dies ist ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.
- Wir unterstützen die lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechts und fordern eine stärkere finanzielle Förderung dieser Gruppen.
- Menschen vor Diskriminierung zu schützen ist elementares Anliegen grüner Politik. Auf Bundesebene haben wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz („Antidiskriminierungsgesetz“) maßgeblich auf den Weg gebracht. Damit der dort festgelegte Schutz greifen kann, bedarf es organisatorischer Voraussetzungen vor Ort. Wir fordern für Halle eine Antidiskriminierungsstelle, wo Betroffene AnsprechpartnerInnen finden, die bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen. Des Weiteren sollen bürgerschaftliche Institutionen, die in diesem Bereich arbeiten, unterstützt werden.
- Kommunalpolitik muss bürgernahe Politik sein. Die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu kommunalen Entscheidungen müssen gestärkt werden. Dieses kann zum Beispiel die Einbindung von Kindern und Jugendlichen bei der Wohnumfeldgestaltung und der Planung von Kinder- und Abenteuerspielplätzen oder auch die Mitwirkung bei der Erstellung des städtischen Haushaltes (Bürgerhaushalt) sein. Dadurch soll sich die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt erhöhen.
- Wir fordern die Abschaffung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet. Denn diese führen nur zu einer Verlagerung der Kriminalitätsschwer-

punkte. Aus unserer Sicht ist eine umfassende Präventionsarbeit und die verstärkte Präsenz der Polizei in der Stadt wesentlich effektiver.

- Solange Frauen vor ihren gewalttätigen Partnern flüchten müssen, werden wir das Frauenschutzhaus unterstützen und uns für eine langfristig gesicherte Finanzierung einsetzen.
- Wir brauchen eine geschlechtsdifferenzierte Analyse des städtischen Haushaltes. Das sogenannte „Gender Budgeting“ überprüft den Haushalt auf seine Wirkungen für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und kann damit notwendige Maßnahmen zur Beseitigung von Geschlechterungerechtigkeiten aufzeigen.
- Gewaltkriminalität kann nur mit präventiven Maßnahmen effektiv begegnet werden. Wir fordern ein stärkeres Engagement von SozialarbeiterInnen, die mit den auffällig gewordenen Personen intensiv zusammenarbeiten. Der Ruf nach härteren Strafen, wie er von der CDU Halles ausgeht, kann nicht zur Lösung der Probleme beitragen. Wir wenden uns entschieden gegen diese Art von Stammtischparolen, die lediglich zu einer Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger Halles führen. Die von der CDU geforderten „ehrenamtlichen Sicherheitspartner“ lehnen wir ebenfalls ab.
- Wir setzen uns für die Integration von Migrantinnen und Migranten ein. Integrationspolitik ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Integrationspolitik darf sich nicht bloß auf Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse reduzieren, sondern muss in allen Bereichen der Politik mitbedacht werden. Dabei gilt es, nicht über, sondern mit den MigrantInnen zu sprechen. Wir wenden uns gegen den Trend der Ghettoisierung und setzen stattdessen auf ernst gemeinte beiderseitige Bemühungen zur Integration.
- Die Stadt braucht wieder eineN DrogenbeauftragteN. Wir fordern, dass die Überführung der Aufgaben der Drogenbeauftragten in andere Verwaltungsbereiche rückgängig gemacht wird. Die Zunahme des erheblichen Missbrauchs auch der legalen Drogen Alkohol und Nikotin macht eine eigene Stelle erforderlich.
- Die Seniorenberatungsstelle muss als wichtiges und eigenständiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung erhalten bleiben.

## 10. Modern – flexibel – effizient

- Die Verwaltung ist Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist Bürgerfreundlichkeit oberstes Prinzip bei allem Verwaltungshandeln.
- Die Öffnungszeiten der Ämter sollten daher ausgeweitet und noch besser den zeitlichen Möglichkeiten der Erwerbstätigen angepasst werden.
- Das Angebot an digitalen Dienstleistungen ist auszuweiten. Dabei muss auf eine barrierefreie Nutzung besonderer Wert gelegt werden.
- Transparenz und Beteiligung können Politikverdrossenheit senken. Das gilt besonders für den Finanzbereich. Wir drängen deshalb auf die Einführung eines sogenannten Bürgerhaushalts, in dem der städtische Haushalt transparent und verständlich aufgearbeitet wird. Dieses kann nur mit echten Partizipationsmöglichkeiten geschehen.

- Unsere Stadt mit ihren vielfältigen Problemen braucht eine starke Verwaltung. Eine Verwaltung kann nur dann fachlich gut und kostenmäßig effektiv arbeiten, wenn Meinung und Engagement der MitarbeiterInnen wirklich gefragt und gefordert werden, wenn MitarbeiterInnen ermutigt werden, Entscheidungen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu treffen, wenn es eine lebendige und angstfreie Kultur von Fehlermanagement und Kritik gibt, wenn problemorientiert Austausch und Vernetzung verschiedener Fachbereiche gefordert und gefördert werden.

Wir fordern die Oberbürgermeisterin auf, ein besseres Arbeitsklima in der Stadtverwaltung zu ermöglichen.

- Um Sach- und Personalkosten einzusparen, setzen wir uns dafür ein, die Stadtratsarbeit elektronisch zu erledigen („papierloser Stadtrat“).

## 11. Mehr Halle wagen

- Wir setzen uns nach wie vor für Eingemeindungen der mit Halle eng verflochtenen Gemeinden ein und fordern die Landesregierung auf, unverzüglich zu handeln.

## 12. Schwerpunkte setzen und Haushalt konsolidieren

- Wir setzen uns für eine kommunale Finanzpolitik ein, bei der die Mittel zielgenau für zukunftsfähige Projekte eingesetzt werden. Oberste Richtschnur ist es, weitere Nettoneuverschuldung zu vermeiden und alte Schulden abzubauen. Bei allen Investitionen sind darüber hinaus unbedingt die Folgekosten in die Entscheidungen mit einzubeziehen. Mit vorhandenem Geld muss sparsam gewirtschaftet und es muss vorrangig in Bildung, soziale Stabilität und Klimaschutz investiert werden.
- Das auf veralteten Zahlen basierende Großprojekt „Dritte Saalebrücke“ ist unnötig. Die Nicht-Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan und die Streichung aus der städtischen Prioritätenliste waren richtige Entscheidungen.
- Städtische Investitionsprojekte dürfen nicht ohne eine gesicherte Finanzierung und eine vollständige Berücksichtigung der Folgekosten beschlossen werden. Dieses gilt auch für die leichtfertige und großzügige Vergabe von Gutachten. Statt Geld in Luftschlössern und großen Wünschen zu versenken, möchten wir lieber in nachhaltige Projekte investieren. Hierzu gehören beispielsweise Investitionen in energetische Sanierungen, die sich in kurzer Zeit durch gesunkene Energiekosten amortisieren und so den Haushalt entlasten.
- Das Haushaltskonsolidierungskonzept lässt sich aufgrund der Finanzkrise in der beschlossenen Form nicht verwirklichen. Wir fordern daher eine grundlegende Überarbeitung mit realistischen Zahlen, die insbesondere die schwierige Situation der städtischen Wohnungsgesellschaften berücksichtigt.
- Finanzielle Transaktionen, mit denen Schulden – wie bei dem sogenannten „Sale-and-lease-back“ der HWG – aus dem städtischen Haushalt in die Haushalte der städtischen Unternehmen verschoben werden, unterstützen wir nicht, da diese durch schlechtere Zinskonditionen nur zu zusätzlichen Belastungen für den Haushalt führen.
- Den Verkauf von Anteilen städtischer Gesellschaften, insbesondere von Unternehmen aus dem Stadtwerkekonzern, lehnen wir ab.

## Sie können entscheiden!

Auf der Grundlage dieses Wahlprogramms möchten wir uns in der nächsten Wahlperiode für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt einsetzen.

Setzen Sie grüne Akzente in der Stadtpolitik und geben Sie uns Ihre Stimmen.

